

Bund schiebt das Elektroauto an

Verkehrsministerium steckt 150 Millionen Euro in Erforschung alternativer Antriebe.

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

DRESDEN/MZ - Das Bundesverkehrsministerium will in den kommenden Jahren 150 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II in die Erforschung und Entwicklung von Elektro- und anderen alternativen Antrieben stecken. Das kündigte Martina Hinricher, Referatsleiterin im Ministerium, gestern auf einem Kongress von Umwelt- und Verkehrsverbänden in Dresden an.

Wie Hinricher sagte, geht es bei dem Forschungsprojekt „Elektromobilität“ sowohl um batteriebetriebene Elektrofahrzeuge als auch um Hybridautos sowie Wasser-

stoff- und Brennstoffzellenantriebe. Entsprechende Fahrzeuge sollten testweise bundesweit in ausgewählten Modellregionen eingesetzt werden. Denkbar seien beispielsweise Elektro-Pkw und -Motorräder, Diesel-Hybrid-Lastwagen oder Stadtbusse mit Batteriespeicher. In den Pilotregionen sei auch an den Aufbau entsprechender öffentlicher Ladestationen gedacht.

Das Verkehrsministerium verfolgt dabei ehrgeizige Ziele: So soll laut Hinricher im Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen unterwegs sein, zehn Jahre später sollen es bereits fünf Millionen sein. Ange-

strebt werde auch, den öffentlichen Nahverkehr in Städten im Jahr 2030 praktisch emissionsfrei zu betreiben.

Solche Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Klimaschutzziele der Europäischen Union zu erreichen. Demnach hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, im Jahr 2020 insgesamt 40 Prozent weniger Treibhausgase als 2005 in die Atmosphäre zu pusten. Das entspricht einer Menge von 270 Millionen Tonnen. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes (Uba) muss allerdings wesentlich mehr Verkehr als bisher auf die Bahn oder anderweitig verlagert

werden, damit diese Marke nicht verfehlt wird.

So sagte Christoph Erdmenger, Fachgebietsleiter im Uba, mit mehr Gütertransporten auf der Schiene könnten bis zu 13 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich eingespart werden. Erdmenger forderte deshalb, die Lkw-Maut auf alle Straßen auszudehnen und alle Lastwagen über 3,5 Tonnen einzubeziehen. Weitere vier Millionen Tonnen CO₂ ließen sich nach Uba-Angaben vermeiden, wenn nur die Hälfte aller Distanzen bis zu fünf Kilometern nicht mehr mit dem Auto, sondern per Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt würde.